



## Niederschrift

### 9. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 23.06.2020
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:45 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Humboldt-Gymnasium, Heinrich-Mann-Allee 103, 14473 Potsdam

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussvorsitzender

Herr Stefan Wollenberg                      DIE LINKE

##### Ausschussmitglieder

Frau Grit Schkölziger	SPD	
Herr Daniel Keller	SPD	ab 17:50 Uhr
Frau Wiebke Bartelt	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Uwe Fröhlich	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Tina Lange	DIE LINKE	
Herr Clemens Viehrig	CDU	

##### zusätzliches Mitglied

Frau Sabine Becker                      Freie Demokratische  
Partei

##### stellv. Ausschussmitglieder

Herr Steffen Pfrogner                      DIE aNDERE

##### sachkundige Einwohner

Herr Roman Böttcher	DIE aNDERE
Herr Felix Matthies	SPD
Herr Christian Porath	Freie Demokraten
Herr Ronald Sima	DIE LINKE
Herr Olaf Weber	Bürgerbündnis

##### Beigeordnete

Frau Noosha Aubel                      Geschäftsbereich 2

## **Nicht anwesend sind:**

### **Ausschussmitglieder**

Herr Lutz Boede	DIE aNDERE	entschuldigt
Herr Oliver Stiffel	AfD	entschuldigt

### **zusätzliches Mitglied**

Frau Dr.med. Carmen Klockow	Bürgerbündnis	entschuldigt
-----------------------------	---------------	--------------

### **Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes**

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

### **sachkundige Einwohner**

Frau Tabea Gutschmidt	CDU	nicht entschuldigt
Frau Frauke Havekost	Bündnis 90/Die Grünen	nicht entschuldigt

### **Vertreter der Beiräte**

Frau Ursula Honsa	Seniorenbeirat	nicht entschuldigt
Frau Manuela Kiss	Beirat für Menschen mit Behinderungen	nicht entschuldigt

## **Schriftführer/in:**

Frau Nicole Heidrich GB Bildung, Kultur, Jugend und Sport

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 02.06.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 VBB-Kombiticket für Potsdamer Erstligavereine und publikumswirksamen Ligabetrieb  
Vorlage: 19/SVV/0572  
Einreicher: Fraktion CDU  
KUM, B/Sp., FA

- 3.2 Kostenloses Schüler- und Azubi-Ticket  
Vorlage: 19/SVV/0597  
Einreicher: CDU-Fraktion  
KUM, B/Sp., FA
- 3.3 Errichtung einer Sporthalle in Neu Fahrland  
Vorlage: 19/SVV/1414  
Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis  
B/Sp., WA KIS, OBR Neu Fahrland
- 3.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger',  
Nummer 13: Zentrale Vergabestelle für Kita-Plätze in Potsdam  
Vorlage: 20/SVV/0042  
Einreicher: Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der  
Stadtverordnetenversammlung
- 3.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger',  
Nummer 14: Walderhalt im Planungsverfahren 'Schul- und Sportstandort  
Waldstadt Süd'  
Vorlage: 20/SVV/0043  
Einreicher: Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der  
Stadtverordnetenversammlung
- 3.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger',  
Nummer 20: Biosphäre zur Kiez-Schwimmhalle umbauen als 'Herzbad im  
Volkspark'  
Vorlage: 20/SVV/0049  
Einreicher: Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der  
Stadtverordnetenversammlung
- 3.7 Barrierefreiheit auch an Schulen mit Denkmalschutz  
Vorlage: 20/SVV/0438  
Einreicher: Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE  
WA KIS, B/Sp.
- 3.8 Sitzungskalender 2021  
Vorlage: 20/SVV/0524  
Einreicher: Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der  
Stadtverordnetenversammlung
- 3.9 Fläche für das Kiez-Schwimmbad Nord sichern  
Vorlage: 20/SVV/0563  
Einreicher: Oberbürgermeister, Büro für integrierte städtische Planungen und  
Projekte
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung - Sachstand Baumaßnahmen
- 4.2 Sachstand Laborschule/Universitätsschule
- 4.3 Sachstand Neubau Pappelallee
- 4.4 Offener Brief Schul-IT
- 5 Sonstiges

**Niederschrift:**

**Öffentlicher Teil**

**zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Herr Wollenberg begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 02.06.2020 / Feststellung der  
öffentlichen Tagesordnung**

Herr Wollenberg stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Es sind 8 stimmberechtigte Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder anwesend.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 02.06.2020 wird bei einer Enthaltung angenommen.

Herr Wollenberg hat zur öffentlichen Tagesordnung Anmerkungen. Zu Beginn soll der Tagesordnungspunkt 4.4 Offener Brief Schul-IT behandelt werden. Danach soll der Tagesordnungspunkt 4.2 Sachstand Laborschule/Universitätsschule behandelt werden. Anschließend sollen die Tagesordnungspunkte 3.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 13: Zentrale Vergabestelle für Kita-Plätze in Potsdam 20/SVV/0042, 3.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 14: Walderhalt im Planungsverfahren 'Schul- und Sportstandort Waldstadt Süd' 20/SVV/0043 und 3.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 20: Biosphäre zur Kiez-Schwimmhalle umbauen als 'Herzbad im Volkspark' 20/SVV/0049 behandelt werden. Abschließend sollen die noch verbliebenen Tagesordnungspunkte in der Reihenfolge der Nachtragstagesordnung behandelt werden. Die so geänderte Tagesordnung wird angenommen.

Herr Wollenberg merkt an, dass für den Tagesordnungspunkt 3.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 14: Walderhalt im Planungsverfahren 'Schul- und Sportstandort Waldstadt Süd' 20/SVV/0043 ein Antrag auf Rederecht für Frau Blossey von der Bürgerinitiative „Bürger für WALDstadt“ vorliegt. Dieser Antrag auf Rederecht wird angenommen.

### zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

#### zu 3.1 VBB-Kombiticket für Potsdamer Erstligavereine und publikumswirksamen Ligabetrieb

**Vorlage: 19/SVV/0572**

Einreicher: Fraktion CDU

KUM, B/Sp., FA

Herr Niehoff vom Bereich Verkehrsentwicklung führt aus, dass es für die Vereine ein entsprechendes Ticketangebot der VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH gebe. Die Vereine könnten an die VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH herantreten. Dieses Angebot werde kaum angenommen, zuletzt habe der SC Potsdam e.V. dieses Angebot angenommen. Derzeit sei das Angebot nicht vorhanden. Gemeinsam mit der ViP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH habe eine Kalkulation des VBB-Kombitickets für Potsdamer Erstligavereine und publikumswirksamen Ligabetrieb stattgefunden. Die Einführung des VBB-Kombitickets für Potsdamer Erstligavereine und publikumswirksamen Ligabetrieb würde jährlich zusätzlich 90.000,00 € kosten. Die AG Bürgerticket habe sich dagegen ausgesprochen. Herr Niehoff vom Bereich Verkehrsentwicklung macht deutlich, dass die AG Bürgerticket kein Ausschuss sei und somit kein Votum abgebe.

Frau Lange bittet um Zurückstellung der Vorlage „VBB-Kombiticket für Potsdamer Erstligavereine und publikumswirksamen Ligabetrieb, Drucksache 19/SVV/0572“ bis zur nächsten Sitzung am 01.09.2020, um die Drucksache in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität am 13.08.2020 behandeln zu können.

Herr Viehrig möchte wissen, wie die Abrechnung erfolgt. Er betont, dass dies für die Vereine aufgrund von geführten Gesprächen, z. B. mit dem Verein Potsdam Royals e.V., unwirtschaftlich sei. Die Idee sei über die Dauerkartenbesitzer entstanden. Die Vereine müssten über die Vorlage „VBB-Kombiticket für Potsdamer Erstligavereine und publikumswirksamen Ligabetrieb, Drucksache 19/SVV/0572“ unterstützt werden. Herr Viehrig möchte hierzu eine Abstimmung.

Frau Schkölziger fragt, ob die ViP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH in die Sitzungen der AG Bürgerticket eingeladen wurde.

Herr Böttcher verweist auf das Problem, dass Anliegen der AG Bürgerticket oft verschoben werden würden. Er möchte das insgesamt abstimmen lassen.

Die Vorlage „VBB-Kombiticket für Potsdamer Erstligavereine und publikumswirksamen Ligabetrieb, Drucksache 19/SVV/0572“ wird bis zur nächsten Sitzung am 01.09.2020 **zurückgestellt**.

### zu 3.2 **Kostenloses Schüler- und Azubi-Ticket**

#### **Vorlage: 19/SVV/0597**

Einreicher: CDU-Fraktion

KUM, B/Sp., FA

Herr Niehoff vom Bereich Verkehrsentwicklung führt aus, dass die Kosten für ein kostenloses Schüler- und Azubi-Ticket berechnet worden seien. Hierfür wäre es erforderlich, zusätzliche Straßenbahnen und Gelenkbusse zu beschaffen. Herr Niehoff vom Bereich Verkehrsentwicklung verweist auf den aufgrund der Sitzung der AG Bürgerticket am 18.06.2020 geänderten Antrag: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zeitnah **die Einführung eines kostenlosen** ~~kostenloses~~ Schüler- und Azubi-Ticket in der Landeshauptstadt Potsdam ~~einzuführen zu~~ **prüfen und einen Zeitplan für eine mögliche Realisierung vorzulegen**. Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist im Dezember ~~2019~~ **2020** über Möglichkeiten und einen konkreten Umsetzungszeitplan zu informieren.“

Herr Viehrig plädiert für eine Abstimmung.

Frau Lange betont, dass die Vorlage „Kostenloses Schüler- und Azubi-Ticket, Drucksache 19/SVV/0597“ mit allen anderen Anträgen der AG Bürgerticket abgestimmt werden sollte. Hierzu müsse man die Abstimmung in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität am 13.08.2020 abwarten.

Frau Bartelt plädiert dafür, ein Votum hierfür vorzulegen.

Herr Pfrogner unterstützt den Vorschlag von Frau Lange.

Herr Wollenberg stellt den von Frau Lange gemachten Antrag zur Geschäftsordnung zur Abstimmung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>4</b>
Ablehnung:	<b>4</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

Herr Viehrig verweist auf Probleme der ständigen Zurückstellung.

Frau Lange verweist darauf, dass der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität in der nächsten Sitzung am 13.08.2020 die Vorlage „Kostenloses Schüler- und Azubi-Ticket, Drucksache 19/SVV/0597“ nicht zurückstellen werden würde.

Frau Bartelt verweist darauf, dass Auszubildende aus der Überlegung herausgenommen worden seien. Sie plädiert für den aufgrund der Sitzung der AG Bürgerticket am 18.06.2020 geänderten Antrag.

Herr Keller plädiert für den aufgrund der Sitzung der AG Bürgerticket am 18.06.2020 geänderten Antrag.

Herr Viehrig befürwortet den aufgrund der Sitzung der AG Bürgerticket am 18.06.2020 geänderten Antrag. Hierbei solle das Wort „zeitnah“ gestrichen werden.

Herr Wollenberg stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt geändert zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zeitnah **die Einführung eines kostenlosen** ~~kostenloses~~ Schüler- und Azubi-Ticket in der Landeshauptstadt Potsdam einzuführen **zu prüfen und einen Zeitplan für eine mögliche Realisierung vorzulegen**. Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist im Dezember ~~2019~~ **2020** über Möglichkeiten und einen konkreten Umsetzungszeitplan zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>8</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

**zu 3.3 Errichtung einer Sporthalle in Neu Fahrland**

**Vorlage: 19/SVV/1414**

Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis

B/Sp., WA KIS, OBR Neu Fahrland

Herr Wollenberg verweist auf die Ablehnung der Vorlage „Errichtung einer Sporthalle in Neu Fahrland, Drucksache 19/SVV/1414“ in der Sitzung des Werksausschusses KIS am 29.05.2020 sowie auf die Zurückstellung dieser Vorlage in der letzten Sitzung.

Herr Wollenberg stellt den Antrag zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>0</b>
Ablehnung:	<b>5</b>
Stimmenthaltung:	<b>3</b>

Herr Böttcher betont, dass diese Vorlage in der Sitzung des Werksausschusses KIS am 29.05.2020 abgelehnt wurde, da sie nicht als prioritär angesehen worden wäre. Frau Schkölziger ergänzt, dass ein weiterer Grund für die Ablehnung dieser Vorlage in der Sitzung des Werksausschusses KIS am 29.05.2020 auch eine alleinstehende Halle gewesen sei. Frau Aabel gibt bekannt, dass sich die Verwaltung im Rahmen der Schulentwicklungsplanung abstimmen werde.

Herr Pfrogner fragt nach dem Grund für die Ablehnung dieser Vorlage in der Sitzung des Werksausschusses KIS am 29.05.2020. Herr Wollenberg verweist auf die gemachten Ausführungen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Bau einer Mehrzwecksporthalle mit integrierten Sanitäräumlichkeiten in Neu Fahrland auf dem Sport- und Freizeitgelände „An der Birnenplantage“ zu veranlassen. Die Mittel hierfür sind im Doppelhaushalt 2020/2021 bereitzustellen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>0</b>
Ablehnung:	<b>5</b>
Stimmenthaltung:	<b>3</b>

**zu 3.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 13: Zentrale Vergabestelle für Kita-Plätze in Potsdam  
Vorlage: 20/SVV/0042**

Einreicher: Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Die Vorlage „Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 13: Zentrale Vergabestelle für Kita-Plätze in Potsdam“, Drucksache 20/SVV/0042 wird **zur Kenntnis** genommen, da der Ausschuss für Bildung und Sport unzuständig ist.

**zu 3.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 14: Walderhalt im Planungsverfahren 'Schul- und Sportstandort Waldstadt Süd'  
Vorlage: 20/SVV/0043**

Einreicher: Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Frau Woller von der Bürgerinitiative „Bürger für WALDstadt“ führt aus, dass die Bürgerinitiative „Bürger für WALDstadt“ anrege, auf den Neubau einer Förderschule und auf zwei wettkampffähige Vereinssportplätze im Landschaftsschutzgebiet unter Waldrodung zu verzichten. Als mögliche Alternative zum Neubau einer Förderschule in der Waldstadt kämen zwei Schulstandorte in Frage. Eine Möglichkeit sei die Schule am Nuthethal (Förderschule 10/30). Hier gingen zurzeit etwa 140 Förderschülerinnen und Förderschüler in ein Gebäude, welches mit seinem Umfeld Potenzial für bis zu 800 Schülerinnen und Schüler ermögliche. Damit bestehe dort die Möglichkeit, verschiedene schulische Anliegen zu verwirklichen. Die Förderschülerinnen und



Förderschüler hätten die Möglichkeit des Verbleibs und des Erhalts von mehr Plätzen, so sehe es die wachsende Stadt nach Einschätzung der Verwaltung vor. Zudem bestehe die Möglichkeit, dem Standort eine weiterführende Schule zuzuordnen, mit Besitz eines nach Art und Güte zweizügigem oder dreizügigem Formates. Auch seien je nach Art und Weise der Gestaltung Begegnungsräume für beide Seiten denkbar, die nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen zur Inklusion möglich seien. Es sei zu bedenken, dass sich der Beirat für Menschen mit Behinderung in seinem Positionspapier vom 29.04.2019 deutlich gegen den Neubau einer Förderschule in der Waldstadt und für inklusive Schulen ausgesprochen habe. Zudem sei es vielleicht denkbar, diese weiterführende Schule dem Profil Sozialer Berufe entgegenzukommen. Die Nähe dieser Schule zum Sportforum Schlaatz berge ein weiteres Qualitätsmerkmal. Eine weitere Möglichkeit sei die Oberschule „Theodor Fontane“ (Oberschule 51). Diese werde derzeit von 462 Schülerinnen und Schülern besucht. Das Gebäude ließe nach heutigen Klassenstärken eine Kapazität von 800 bis 900 Schülerinnen und Schülern zu. Hierfür sei lediglich eine Sanierung und Nutzbarmachung von Teilen der Räume erforderlich. Die Oberschule sei in der Potsdamer Schullandschaft ein Auslaufmodell, so wurde beispielsweise die Berufsvorbereitende Oberschule „Pierre de Coubertin“ (Oberschule 39) bereits im Jahr 2019 geschlossen. Derzeit gingen in die Oberschule „Theodor Fontane“ (Oberschule 51) bereits Schülerinnen und Schüler mit einer besonderen Förderung. Darüber sei die Bürgerinitiative „Bürger für WALDstadt“ von Eltern informiert worden. Demnach bestehe die Möglichkeit der vorübergehenden verstärkten Nutzung dieser Schule auch in dieser Form. Zudem bestehe die Möglichkeit der zukünftigen Entwicklung dieser Schule mit ihrer Kapazität von 900 Plätzen zu einer anderen Schulform. So habe die Landeshauptstadt Potsdam 1.000 Plätze, die neu entwickelt werden könnten und zwei Orte, die bereits Erfahrung mit Förderschülerinnen und Förderschülern hätten. Frau Woller von der Bürgerinitiative „Bürger für WALDstadt“ macht deutlich, dass sie dies für eine ideale Ausgangsposition halte, um behutsam zu entwickeln, den Ankauf von Flächen zu Baulandpreisen einzusparen, den Zukunftswald zu schonen und Klima und Umwelt zu schützen. Frau Blossy von der Bürgerinitiative „Bürger für WALDstadt“ ergänzt, dass sie es mit Freude zur Kenntnis genommen habe, dass der Siegerentwurf des Architekturwettbewerbes Sportforum Schlaatz eine sehr gute Lösung durch integrierte Planung biete. Die Bürgerinitiative „Bürger für WALDstadt“ wünsche sich mehr davon. Die Verwaltung hätte einen Bedarf an vier neuen Großspielfeldern im Süden Potsdams ermittelt gehabt und hätte den Bedarf auf sechs neue Großspielfelder aufgrund der Bevölkerungsprognose aufgestockt gehabt. Das Sportforum Schlaatz erhalte auch einen wettkampffähigen Sportplatz, dies sei in der Bedarfsplanung zu berücksichtigen. Für die Bürgerinitiative „Bürger für WALDstadt“ sei es nicht schlüssig, warum die Verwaltung in ihrer Antwort zur Kleinen Anfrage am 10.10.2019 den Bedarf an wettkampffähigen Großfeldflächen erst nach abschließender Prüfung der novellierten Raumbedarfsempfehlung des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (MBS) beurteilen kann. Es sei auch zu beachten, dass der BUND Landesverband Brandenburg gegen den Bebauungsplan und gegen die Baugenehmigung im Landschaftsschutzgebiet Klage einlegen werde, die Verträge mit dem Anwaltsbüro seien unterschrieben. Weiterhin sei zu beachten, was für den gesamten B-Plan lange Verzögerungen bedeuten würden, die auch den Bau der Gesamtschule und der Kita betreffen würden.

Herr Keller macht deutlich, dass er sich über die sportliche Nutzung freut und dass er für ein negatives Votum wirbt.

Frau Bartelt führt aus, dass man jetzt nur noch auf den qualifizierten Beschluss

verweisen könne.

Herr Viehrig stimmt den Aussagen von Herrn Keller zu. Aufgrund der freien Schulwahl müssten unterschiedliche Schulformen angeboten werden. Herr Viehrig plädiert für eine Ablehnung.

Herr Pfrogner merkt an, dass das Thema schon länger diskutiert werden würde. Er verweist auf den Bürgerhaushalt und auf die Positionen der Bürgerinnen und Bürger.

Herr Böttcher betont, dass der Potsdamer Süden nicht Standort für die Lösung des Problems der Sportflächen in der Stadt sein könne.

Herr Keller verweist auf den demokratischen Prozess und ist der Auffassung, dass es nicht der Weg sein könne, dass die Stadtverordnetenversammlung Entscheidungen trifft, die dann geändert werden sollen.

Herr Wollenberg stellt den Antrag zur Abstimmung.

Grund für die Ablehnung ist die Existenz einer bereits anderslautenden Beschlusslage.

Grund für die Ablehnung ist die Existenz einer bereits anderslautenden Beschlusslage.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	1
Ablehnung:	6
Stimmenthaltung:	1

**zu 3.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 20: Biosphäre zur Kiez-Schwimmhalle umbauen als 'Herzbad im Volkspark'**

**Vorlage: 20/SVV/0049**

Einreicher: Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Herr Wollenberg stellt den Antrag zur Abstimmung.

Grund für die Ablehnung ist die Existenz anderer Standorte und ein laufendes Werkstattverfahren zur Biosphäre.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	0
Ablehnung:	8
Stimmenthaltung:	0

### zu 3.7 **Barrierefreiheit auch an Schulen mit Denkmalschutz**

#### **Vorlage: 20/SVV/0438**

Einreicher: Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE  
WA KIS, B/Sp.

Herr Sima möchte wissen, ob es bei der Vorlage „Barrierefreiheit auch an Schulen mit Denkmalschutz, Drucksache 20/SVV/0438“ um alle Schulen geht.  
Herr Richter bestätigt dies.

Die in der Sitzung des Werksausschusses KIS am 19.06.2020 beschlossene geänderte Neufassung liegt dem Ausschuss als Tischvorlage vor.

Herr Wollenberg stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt geändert zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

- 1. darzulegen, worin die Probleme an einigen Potsdamer Schulen bestehen, sie barrierefrei umzubauen. Bitte für jeden Standort detailliert auflisten;**
- 2. zu prüfen, wie die Barrierefreiheit an den anderen Potsdamer Schulen realisiert werden kann, an denen Barrierefreiheit hergestellt werden kann; auch an Schulen mit Denkmalschutz realisiert werden kann.**
- 3. darzustellen, mit welchem Investitionsbedarf hierfür zu rechnen ist;**

Über das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im September bis **November 2020** zu berichten.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>8</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

### zu 3.8 **Sitzungskalender 2021**

#### **Vorlage: 20/SVV/0524**

Einreicher: Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Herr Fröhlich macht darauf aufmerksam, dass er im Jahr 2021 aufgrund der Sitzungen des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion sechsmal nicht an den Sitzungen des Ausschusses für Bildung und Sport teilnehmen könne. Er betont, dass er dies an das Büro der Stadtverordnetenversammlung weitergeben werde. Herr Wollenberg bestätigt die Mitnahme des Anliegens in den Ältestenrat.

Herr Keller verweist auf das Problem vieler Doppelungen und betont, dass es nicht besser werden würde.

Herr Viehrig macht darauf aufmerksam, dass Verschiebungen möglicherweise

auch wieder andere Ausschussmitglieder treffen würden.

Herr Pfrogner empfiehlt die zeitliche Zusammenlegung der Sitzungen des Ausschusses für Bildung und Sport mit den Sitzungen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes.

Herr Fröhlich stimmt der Empfehlung von Herrn Pfrogner zu.

Herr Wollenberg gibt bekannt, dass die Anregungen aufgenommen werden würden.

Die Vorlage „Sitzungskalender 2021, Drucksache 20/SVV/0524“ wird bis zur nächsten Sitzung am 01.09.2020 **zurückgestellt**.

### **zu 3.9 Fläche für das Kiez-Schwimmbad Nord sichern**

#### **Vorlage: 20/SVV/0563**

Einreicher: Oberbürgermeister, Büro für integrierte städtische Planungen und Projekte

Herr Böttcher fragt, ob diese Fläche mit im Entwicklungsgebiet ist. Frau Aibel antwortet, dass dies in der Niederschrift benannt werden würde: Die Fläche liegt im Entwicklungsgebiet.

Frau Lange macht auf mögliche Probleme mit der anliegenden Marina aufmerksam. Herr Gessner antwortet, dass dies mit dem Landesministerium für Umwelt und Naturschutz geklärt werden müsse. Die entsprechende Abwägung müsse abgewartet werden.

Frau Lange fragt nach der dafür vorgesehenen Zeit. Herr Gessner verweist darauf, dass die Maßnahme ein Teil des Bebauungsplans sei. Vor entsprechenden Klärungen könne die Maßnahme insgesamt nicht abgeschlossen werden.

Frau Lange macht auf das Problem anderer Bebauungspläne aufmerksam. Diese müssten jetzt nach und nach abgestimmt werden. Herr Gessner betont, dass hierfür der Ausschuss für Bildung und Sport der falsche Ansprechpartner sei und verweist auf den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Mitteilungsvorlage **zur Kenntnis**.

### **zu 4 Mitteilungen der Verwaltung**

#### zu 4.1 **Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung - Sachstand Baumaßnahmen**

Herr Richter verweist auf seine Präsentation „Fortschrittsbericht Baumaßnahmen an Schulen und Sportstätten“ (siehe **Anlage 3**), die der Niederschrift beigelegt werde. Es gebe keine Veränderungen zum mitgeteilten Stand in der Sitzung am 02.06.2020.

Frau Lange fragt nach dem Bauende der Erweiterung der Regenbogenschule (Grundschule 7). Herr Richter antwortet, dass die Inbetriebnahme zum Beginn des Schuljahres 2020/21 vorgesehen sei.

Herr Sima fragt nach dem Stand zu den Baumaßnahmen zum Neubau der Sportanlage Sportplatz Lerchensteig. Herr Gessner verweist hierzu auf die Interimsvariante mit dem Sportplatz in der Templiner Straße. Der Verein Potsdamer Sport-Union 04 e.V. und die Verwaltung könnten dem ABS mitteilen, dass der vorgesehene Platz voraussichtlich ab Oktober 2020 nutzbar sei. Für die endgültige Variante mit zwei Großfeldern am Standort Remisenpark, sei eine Änderung des B-Plans „Remisenpark“ erforderlich. Dieses Änderungsverfahren müsse noch beschlossen werden. Ab dem Jahr 2021 könne mit der Änderung des B-Plans „Remisenpark“ begonnen werden. Herr Richter ergänzt, dass der Spatenstich etwa im Jahr 2023 oder im Jahr 2024 erfolgen werde.

#### zu 4.2 **Sachstand Laborschule/Universitätsschule**

Frau Völkner von der Universität Potsdam berichtet mit Hilfe einer Präsentation über das Modell einer Universitätsschule für Brandenburg (siehe **Anlage 2**).

Herr Pfrogner fragt nach der Zielstellung. Er möchte wissen, wer gefördert wird und ob es eine Auswahl gibt. Frau Aabel führt aus, dass die Verwaltung im engen Austausch mit der Universität Potsdam sei und dass die Verwaltung die Einrichtung einer Laborschule/Universitätsschule begrüßen würde. Ein großes Thema sei die räumliche Nähe zum Campus. Die Primarstufe solle mit abgebildet werden. Die Universität Potsdam und die Verwaltung hätten signalisiert, dass eine staatliche Trägerschaft der Schule geplant sei, dennoch würde es Hürden geben, z. B. einen geeigneten Standort zu finden.

Frau Bartelt fragt nach dem Einzugsgebiet. Frau Aabel führt aus, dass es sich voraussichtlich um eine Schule mit besonderer Prägung handeln würde. Eine Zuweisung sei dann nicht möglich.

Frau Bartelt fragt, was gemeinsames Lernen bedeutet. Sie macht darauf aufmerksam, dass die Schule mehr Ressourcen als die Ressourcen für die Standardschulen in Anspruch nehmen würde und möchte wissen, wie die

Verwaltung diese Ressourcen für andere Schulen sicherstellen möchte. Frau Völkner von der Universität Potsdam macht deutlich, dass man sich derzeit in der Phase der Konzeptionierung befinde. Es ginge dabei um die Klärung, wie man gute Beziehungen zwischen der Universität Potsdam und der Schule herstellen kann. Die Bildungsgerechtigkeit sei der wichtigste Wert, dann sei der Standort nicht mehr so wichtig, dann sei dies die Priorität.

Herr Dörnbrack vom Staatlichen Schulamt Brandenburg an der Havel gibt zu bedenken, dass zunächst geklärt, werden müsse, wer die Trägerschaft übernimmt. Zudem sei die Schule derzeit nicht Teil des Schulentwicklungsplanes. Frau Aubel macht deutlich, dass der Anlass der Präsentation von Frau Völkner von der Universität Potsdam das Aufzeigen eines aktuellen Standes gewesen sei. In den Überlegungen seien die Universität Potsdam, die Verwaltung und das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBJS), als obere Schulaufsicht eingebunden. Man habe prüfen wollen, wie sich alle Beteiligten positionieren. Nun müsse man prüfen, ob das Konzept in Bezug auf die Schulentwicklungsplanung und Bedarfe interessant für die Landeshauptstadt Potsdam sei.

Frau Völkner von der Universität Potsdam merkt an, dass der Projektkontext wichtig sei. Es sei auch denkbar, dass es bei einem Konzept bleibe. Es sei eine glückliche Lage, dass Gespräche laufen würden. Ziel sei es, zu zeigen, dass ein Konzept entwickelt wird. Es gebe jedoch keine Garantie, dass es in fünf Jahren eine Laborschule gibt.

Herr Böttcher lobt die Idee des Konzeptes.

Frau Schkölziger merkt an, dass die Schule Möglichkeiten bieten würde. Sie betont, dass sie von der Idee begeistert ist.

#### **zu 4.3 Sachstand Neubau Pappelallee**

Herr Richter führt aus, dass die Vorbereitung eines Wettbewerbs noch nicht laufen würde. Hierfür müssten Fragen zu Grundstücksflächen noch geklärt werden. Ebenfalls seien Fragen des schützenswerten Baumbestandes noch zu klären. Hierfür sei ein Termin mit dem Brandenburgischen Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen und dem Beigeordneten des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt Herrn Rubelt geplant. Ziel sei hierbei die Fortsetzung der Planungen.

Herr Wollenberg fragt nach den Auswirkungen auf den Gesamtzeitplan. Herr Richter antwortet, dass das Ziel der Fertigstellung vom Jahr 2023 auf das Jahr 2024 korrigiert worden sei. Auch für die Fertigstellung im Jahr 2024 gebe es keine Garantie. Herr Richter ist der Auffassung, dass eine Fertigstellung im Schuljahr 2025/26 realistisch sei.

Frau Lange verweist darauf, dass auf dem Gelände große Mammutbäume in Gefahr seien. Die Bäume hätten einen kulturhistorischen Wert. Herr Richter

macht darauf aufmerksam, dass das Ministerium der Justiz (MdJ) Vorrang habe. Sofern die Fläche für das Land Brandenburg entbehrlich sei, könnte der Kommune die Fläche übertragen werden. Weiterhin gebe es keine Garantie für eine Gesamtschule in der geplanten Größe. Ziel sei eine einvernehmliche Lösung mit dem Land Brandenburg unter Abwägung der Bäume.

Frau Lange fragt, ob es Vorverträge gibt, die den Schulstandort sichern. Herr Richter antwortet, dass es die Entscheidung der Verwaltung gewesen sei, dort eine Schule zu errichten. Er betont, dass das Land Brandenburg Eigentümer des Grundstückes sei. Herr Richter verweist nochmals darauf, dass nur sofern die Fläche für das Land Brandenburg entbehrlich sei, der Kommune die Fläche übertragen werden könnte.

Herr Wollenberg bittet um einen erneuten Sachstand in der nächsten Sitzung am 01.09.2020.

#### **zu 4.4 Offener Brief Schul-IT**

Herr Morgenstern-Jehia vom Fachbereich E-Government berichtet mit Hilfe einer Präsentation über den Sachstand der Schul-IT (siehe **Anlage 1**).

Herr Wollenberg verweist auf das konkrete Problem der Leihgeräte für Schülerinnen und Schüler ohne entsprechende Infrastruktur. Frau Aabel führt aus, dass man sich mit dem Fachbereich E-Government und dem Kreiselternrat zu der Frage verständigt habe, wie man Schülerinnen und Schüler ohne entsprechende Infrastruktur im Fall einer zweiten Covid-19-Welle unterstützen kann. Der Bund hat ein Sofortausstattungsprogramm in Höhe von 500 Mio. Euro beschlossen, um die Schulen beim digitalen Unterricht zu unterstützen. Hierzu ist vorgesehen, Schülerinnen und Schüler (SuS) mit besonderem Bedarf zum Ausgleich sozialer Ungleichgewichte mobile Endgeräte als Leihgeräte über den Schulträger zur Verfügung zu stellen. Dieser Beschluss wird durch den Zusatz zur Bund-Länder-Verwaltungsvereinbarung DigitalPakt Schule 2019 bis 2024 umgesetzt. Die Umsetzung dieser Zusatzvereinbarung für das Land Brandenburg erfolgt durch eine Förderrichtlinie, welche derzeit im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBS) erarbeitet und mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Verbänden der freien Schulen abgestimmt wird. Es ist vorgesehen, dass öffentliche und freie Schulträger in einem Antragsverfahren die Anzahl der Schülerinnen und Schüler melden, welche gemäß § 111 (Lernmittelfreiheit) BbgSchulG i. V. m. § 12 Lernmittelverordnung zum 01. Juni 2020 (Schuljahr 2019/20) von der Zuzahlung des Eigenanteils befreit waren. Die gemeldete Zahl von Schülerinnen und Schülern bildet in der Folge den Verteilungsmodus der Gesamtmittel auf die beantragenden Schulträger. Hierfür sei eine Aufstockung erforderlich. Derzeit würden vorbereitende Arbeiten laufen, z. B. in Bezug auf Beschädigung, Datenschutz oder Datenträger. Ein entsprechendes Vergabeverfahren hierzu sei unbekannt. Ziel sei die Beschaffung und Bereitstellung der Endgeräte im Herbst 2020 oder Winter 2020/2021. Zudem sei sich dazu verständigt worden, wie inhaltlich supportet werden kann, z. B. in Form von Lerngruppen wie in Berlin. Herr Morgenstern-Jehia vom Fachbereich E-Government ergänzt, dass ein Austausch ergeben habe, dass z. B. das Land

Bayern eine entsprechende Förderrichtlinie habe, in anderen Bundesländern hingegen gebe es eine Unwissenheit über Förderprogramme. Derzeit gebe es keine Informationen für vernünftige Planungen.

Herr Wollenberg fragt, ob die Möglichkeit der Videokonferenzen besteht. Herr Morgenstern-Jehia vom Fachbereich E-Government antwortet, dass aufgrund der Prioritätensetzung keine Möglichkeiten der Videokonferenzen bestehen würden. Es gebe hierfür keine Personalressourcen. Die entsprechenden Bedarfe seien ihm bekannt. Denkbar sei eine Kontaktherstellung mit Dienstleistern, die Videokonferenzen für Schulen anbieten könnten.

Frau Becker möchten wissen, welchen WLAN-Schlüssel das Humboldt-Gymnasium (Gymnasium 1) hat. Zudem möchte sie wissen, welchen Vorteil offenes WLAN hat. Frau Becker verweist auf die bis zum Jahr 2024 abgeschlossenen Maßnahmen und möchte den Maßnahmenplan haben. Außerdem fragt sie nach den angedachten Übergangslösungen. Frau Becker fragt nach dem Vorhandensein externer Unterstützung und externer Dienstleistung. Weiterhin möchte sie wissen, ob die Schulen über eine Standardtechnik verfügen. Herr Morgenstern-Jehia vom Fachbereich E-Government betont, dass das WLAN des Humboldt-Gymnasiums (Gymnasium 1) für schulische Zwecke angedacht sei. Herr Richter führt in Bezug auf die Baumaßnahmen aus, dass gemäß der Förderrichtlinie für 19 Schulen eine strukturierte Verkabelung geplant sei und dass derzeit eine entsprechende Ausschreibung laufen würde. Weiterhin habe sich hierzu eine interne Projektgruppe gebildet. Größere Maßnahmen würden in den Sommerferien 2021 beginnen. Herr Richter verweist hierzu auf den Wirtschaftsplan KIS. Bis spätestens 2023 bzw. 2024 würden die Maßnahmen abgeschlossen sein. Langfristig sollen auch die Schulhöfe und Sportanlagen mit WLAN ausgestattet werden.

Frau Schkölziger verweist in Bezug auf Videokonferenzen auf die Schul-Clouds. Sie betont, dass man die Verfügbarkeit von Geräten in Vergaberichtlinien festschreiben müsse.

Frau Schkölziger möchte wissen, ob iPads ein Synonym für Tablets ist, da die Fokussierung auf iPads mit Blick auf den Verbraucherschutz als kritisch angesehen werden würde. Weiterhin möchte sie wissen, wie Kinder im SGB II-Bezug berücksichtigt werden. Frau Schkölziger fragt, ob es konkrete Aussagen zu Zeitleisten gibt. Herr Morgenstern-Jehia vom Fachbereich E-Government führt zu der Frage nach Zeitleisten aus, dass die Planungen im Rahmen des DigitalPakts Schule 2019 bis 2024 erfolgen würden und dass es eine darüberhinausgehende Planung nicht gebe. Dieses Thema sei eine riesige Aufgabe für die Landeshauptstadt Potsdam, speziell für den KIS, für den Schulträger, für die IT und für die Schulen. In Bezug auf die Kinder im SGB II-Bezug verweist er auf eine einmalige Förderung. Die strategische Zielstellung sei eine Vollversorgung der Endgeräte für Schülerinnen und Schüler. Endgeräte ohne WLAN würden keinen Sinn machen. Im Sinne eines Wunsches aus Medienentwicklungsplänen, würden Lösungen mit iPads besser funktionieren.

Herr Porath fragt nach den Strukturen bei einer Bestellung und möchte wissen, ob es ein Ticketsystem gibt. Außerdem fragt er nach der Warenkorbtransparenz und nach dem Vorhandensein einer Mittelstelle der IT. Herr Porath möchte wissen, ob Standard-Apps entwickelt werden. Herr Morgenstern-Jehia vom Fachbereich E-Government betont, dass der Netzplanbau in der Zuständigkeit des Fachbereiches E-Government liegen würde. Die Transparenz der Prozesse erfolge durch Systeme. Ziel sei es, im Support besser zu werden, z. B. mit Hilfe



eines Warenkorbes. Zudem sei eine engere Kommunikation mit den Schulen geplant.

Herr Keller bittet darum, Fragen an Herrn Morgenstern-Jehia vom Fachbereich E-Government zu schicken oder detaillierte Fragen an den Ausschuss für Bildung und Sport zu stellen. Weiterhin verweist er auf die Möglichkeit der Behandlung des Themas im Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung. Herr Wollenberg bittet darum, dass weitere Nachfragen schriftlich formuliert werden.

Herr Sima fragt, ob es für die Beschaffung der iPads eine Möglichkeit der Co-Finanzierung gibt. Zudem möchte er wissen, wie viele Fachkräfte die Schulen betreuen werden. Herr Sima fragt, wie Schul-Clouds finanziert werden. Er macht darauf aufmerksam, dass ein Rechner im Humboldt-Gymnasium (Gymnasium 1) seit Oktober 2019 nicht funktionieren würde. Herr Weber fragt nach der Bandbreite und möchte zudem wissen, ob es Schülerinnen und Schüler gibt, die sich einbringen können. Weiterhin möchte er wissen, wie Wartungskosten aufgefangen werden. Herr Morgenstern-Jehia vom Fachbereich E-Government verweist auf den Einsatz eigener Mitarbeitenden.

Frau Becker fragt, ob es Möglichkeiten des Leasings gibt und möchte wissen, ob sie Einblick in die IT-Strategie bekommen kann. Herr Morgenstern-Jehia vom Fachbereich E-Government antwortet, dass die Überarbeitung der IT-Strategie geplant sei. Es gebe kein separates Papier für Schulen. Der Personenschlüssel werde deutlich verändert. Herr Wollenberg macht darauf aufmerksam, dass die Präsentation von Herrn Morgenstern-Jehia vom Fachbereich E-Government der Niederschrift beigefügt wird. Er verweist zudem auf die entsprechenden Kontaktdaten auf der Internetseite der Landeshauptstadt Potsdam.

## **zu 5 Sonstiges**

### **zu 5.1 Corona-Notfallfonds zur Unterstützung der Kultur- und Sportlandschaft**

Frau Aubel gibt bekannt, dass die eingegangenen Anträge auf Gewährung einer Soforthilfe für von den Auswirkungen der Corona-Pandemie besonders betroffene Potsdamer Einrichtungen der Kultur und des Sports aus dem Notfallfonds der Landeshauptstadt Potsdam („LHP-Notfallfonds Sport/Kultur“) geprüft und nun ausgereicht werden würden. Das Antragsvolumen liege bei 630.000,00 €, es seien aber nur maximal 10.000,00 € pro Antragstellende auszureichen. Im Ergebnis seien ca. 100.000 € noch verfügbar. Daher solle der Förderzeitraum bis Ende August 2020 verlängert werden. Die Vereine, die bereits einen entsprechenden Antrag gestellt haben, könnten sich nochmals melden, primär würden jedoch die Vereine berücksichtigt werden, die bislang noch keine Berücksichtigung fanden

Herr Viehrig fragt, ob es weitere Überlegungen gibt. Frau Aibel führt aus, dass die Verwaltung davon ausgehe, dass aufgrund der Erweiterung der Antragsmöglichkeiten die Mittel dann ausgeschöpft werden würden. Das vorhandene Antragsvolumen könne nicht aufgeteilt werden.